



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK (KW 25/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 25/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

WIR FEIERN: DEUTSCHLANDS ERSTER AFD-LANDRAT!

DEUTSCHLANDS ERSTER AFD-LANDRAT!

**Herzlichen
Glückwunsch,
Robert!**



PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

AfD

25. Juni 23

Landratswahl in Sonneberg: Herzlichen Glückwunsch an Robert Sesselmann, und danke an alle Helfer!





genannten erneuerbaren Energien decken. Dieses Kriterium erfüllt zurzeit aber nur Norwegen, Namibia könnte es erfüllen. Unter den Bedingungen von RED II wird Wasserstoff aus Ländern wie Marokko oder Brasilien als ‚grau‘ deklariert und trägt demnach nicht zur Erfüllung deutscher Klimaziele bei. Lösungen für dieses Problem konnte Herr Mansmann nicht benennen.

Auch der Transport des dann vielleicht gar nicht mehr so grünen Wasserstoffs ist nach wie vor ungeklärt. Bisher existiert lediglich ein Versuchsschiff zum Transport von Wasserstoff und auch über die Form, in der dieser Energieträger transportiert werden soll – flüssig, hochverdichtet oder in Form von Derivaten wie Ammoniak – herrscht nach wie vor Unklarheit. Konzepte für Transport, Lagerung und Nutzung sind bisher reine Spekulation. Derartig unausgelegene Planungen in einem so existenziell wichtigen Bereich wie der Energieversorgung halten wir als AfD-Fraktion für unverantwortlich. Deutschland darf nicht in eine neue Abhängigkeit von einem Energieträger geraten, bei dem wesentliche technische, regulatorische und geopolitische Fragen ungeklärt sind. Wir setzen uns mit Nachdruck für eine Rückkehr zur Vernunft, auch in der Energiepolitik, ein.“

21. Juni 23

Pressemitteilung: Beim Energieträger Wasserstoff sind wesentliche Fragen ungeklärt

Im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags fand heute ein Gespräch mit dem Innovationsbeauftragten „Grüner Wasserstoff“ der Bundesregierung, Till Mansmann (FDP), zum Thema „Energiepartnerschaften im Bereich FuE“ statt. Hier-

zu teilt der forschungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Michael Kaufmann, mit:

„In den Plänen der Bundesregierung spielt ‚Grüner Wasserstoff‘, der in ‚Energiepartnerschaften‘ mit Energie aus Sonne und Wind erzeugt werden soll, eine entscheidende Rolle. Dies aber scheitert derzeit bereits am Delegated Act zur EU-Richtlinie 2018/2001 (RED II), der vorsieht, dass Wasserstoff nur dann als ‚grün‘ deklariert werden darf, wenn die Erzeugerländer ihren eigenen Energiebedarf schon zu 90 Prozent aus so

BERLIN: TREFFEN DER AfD-BILDUNGSPOLITIKER



19. Juni 23

Impressionen vom Treffen der AfD-Bildungspolitiker in Berlin am 19. Juni. Fachlich sind wir auf jeden Fall gut aufgestellt. Aus Thüringen sind mit dabei: Denny Jankowski und Prof. Michael Kaufmann.



PARLAMANTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Regierungsbefragung mit Wirtschaftsminister Habeck und Bauministerin Geywitz

- Minister Habeck fasste sich in der Einleitung kurz: Die dt.-chinesischen Konsultationen wurden gestern abgeschlossen und die EU-Kommission habe Ihre Sicherheitsstrategie veröffentlicht. China habe vor dem Hintergrund der schwächelnden Konjunktur in Deutschland Bedeutung. Er wolle in Kürze grünen Stahl in Deutschland und sei sich nicht sicher, ob „wir diesen importieren werden, oder selbst herstellen“. Für die Transformation der Industrie sollen die Investitionen (der Staaten) in Europa verstärkt werden.
- Klara Geywitz möchte die CO2-Reduzierung im Gebäudebereich durch Förderung von Holz als Baumaterial erreichen. Außerdem bedankte sie sich für rund 200 Mio. €, die für die Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel eingesetzt werden sollen. Ein Beispiel hierfür wäre Geld für sog. „Hitze-Aktionspläne“ - etwas, worauf die Kommunen schon lange gewartet haben (Ironie).
- Die erste Frage des CDU-Abgeordneten Durz betraf die Vetterwirtschaft im Wirtschaftsministerium: Staatssekretär Philipp hatte private Beteiligungen am Fonds „First Momentum Ventures“, welcher in eine sehr begrenzte Palette von Unternehmen investiert, und mit 600.000 € aus dem Wirtschaftsministerium gefördert wurde. Minister Habeck sah seiner Antwort zufolge hier keinerlei verwerfliche Zusammenhänge.
- Carolin Bachmann, AfD wollte wissen, wie die Diskrepanz zwischen dem „Gesetz zum Bauleitverfahren“ und dem „Integrierten Umweltprogramm 2030“ zu verstehen sei:
- Einerseits gibt es das kürzlich besprochene Gesetz zu Bauleitverfahren, wonach die Ausweitung der Flächen für PV und Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen ist, und andererseits gibt es das 2015 ins Leben gerufene Programm

„Integriertes Umweltprogramm 2030“, wo der Flächenverbrauch auf Null zurückgefahren werden solle.

- Frau Geywitz erwiderte darauf, dass Deutschland sich ändert: Es wächst und wir brauchen mehr erneuerbare Energien, wir brauchen mehr Wohnraum... So einfach ist das.
- Auf die Frage der Linke-Abgeordneten Caren Lay, ob Mieter über die Modernisierungsumlagen nicht über Gebühr belastet werden könnten, antwortete Minister Habeck: Die gegenwärtig teuren, nach GEG ausschließlich erlaubten Techniken, können nur in einem bestimmten Faktor auf Mieter umgelegt werden... Das schließe also aus, dass exorbitante Kosten abgewälzt werden können.
- Bleibt die Frage, was nun der Vermieter macht, der sich diese exorbitanten Kosten auch nicht leisten kann?
- Der Abg. Lenkert, ebenfalls die Linke, wollte wissen, ob sich auch Menschen mit geringem Einkommen diese „Wärmewende“ leisten können und wie die Fördersätze aussehen (die Linke schlägt z.B. eine 100%-Förderung für Tansferempfänger vor).
- Minister Habeck hierzu sinngemäß: Wir entwerfen ein Modulsystem mit Förderung bis 50%. Im Übrigen, so wörtlich: „handelt es sich tatsächlich um eine Art Verbraucherschutz, um die Menschen nicht in die höheren Preise für fossile Energien reingeraten zu lassen.“
- Welch eine gute Fügung, dass der drohende und noch vor einer Woche heiß diskutierte Wärmeplan, den die Kommunen nun wohl erstellen müssen und bei welchem die Verbraucher sich wieder einmal mit ihren Daten „nackig“ machen sollen, nun eine Rechtfertigung bekommt, denn die „Leitplanken“ zum Gesetzesentwurf der Novelle des GEG sehen neuerdings die Kommunen in der Pflicht, eine Fernwärmeplanung zu erstellen und ggf. zur Verfügung zu stellen. Hierzu wäre der Wärmeplan eine Grundlage.

- Karsten Hilde, AfD, fragte zur Errichtung des LNG-Terminals auf Rügen: Die Voraussetzungen eines Bürgerentscheids gegen die Errichtung sind gegeben, wie wird Min. Habeck agieren, falls das Votum entsprechend ausfällt?
- Habeck antwortete sinngemäß, „man werde die Interessen der Regierung über die lokaler Interessen stellen.“ (Und damit ggf. auch über die umweltschützender Interessen)
- Beatrix von Storch, AfD, biss sich erneut an Filz und Verflechtung von grüner Politik und Industrie fest: Die beabsichtigte Förderung von INTEL mit 10 Mrd. EUR für eine Chipfabrik in Deutschland hat merkwürdige Hintergründe. 8% von INTEL hält Vanguard, ebenfalls Anteilseigner zu 8% ist BlackRock, womit sie zusammen die größten Anteilseigner sind. Zufällig ist die Leiterin der Grundsatzabteilung im BMWK, Frau Elga Bartsch aber Ökonomin bei BlackRock gewesen.
- Einen Interessenskonflikt konnte Min. Habeck hier aber überhaupt nicht erkennen.

Fragestunde mit dem Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung, Niels Annen

- Ein Thema des Abg. Bernd Schattner waren die immer noch andauernden (Entwicklungshilfe-)zahlungen an den sog. Systemrivalen China. Es flossen beispielsweise von März bis Dez. 8,1 Mio. € deutscher Entwicklungshilfe in „klimafreundliche Verkehrsprojekte“, was, so Annen, einem „Teil der „tiefgrünen“ Strategie der Bundesregierung entspräche.“ Ein Ende der Zuwendungen ist anscheinend nicht in Sicht.
- Wie wurde dieses deutsche Steuergeld genau eingesetzt?
- Herr Annen kannte keine Zahlen, sondern verwies in seiner Antwort auf das „Transparenzportal“ des Bundestags. Wir sind gespannt.
- Stephan Brandner, AfD brachte wieder mal die Irrsinnigkeit der feministischen, „menstruierenden“ Auswüchse grü-



ner „(Überflüssigkeits-)politik“ auf den Punkt:

- Wir erfuhren von Herrn Annen, dass die Bundesregierung insg. 316 Mio. EUR in Ländern wie beispielsweise Albanien, Bangladesch, Jordanien, Malawi, Nepal, Niger und Nigeria für Projekte der Hygiene, Gesundheit, sexuelle, reproduktive Gesundheit und Menstruationsgesundheit /-hygiene ausgibt.
- Weiterhin wollte Brandner wissen, wie die Bundesregierung Länder wie Bangladesh oder Pakistan dafür sensibilisiert, dass auch Männer menstruieren können.
- Annens Antwort: Über 500 Mio. Menschen weltweit mangelt es an Aufklärung, an Menstruationsprodukten und Sanitäreinrichtungen. Und man habe mit dem Projekt „Let´s talk Period“ über 5 Mio. Mädchen und Frauen erreicht, aber auch junge Männer.

Aktuelle Stunde auf Antrag der Koa: „Rentenanpassung Ost/West“

- Dieses Thema kam früher als geplant – denn es wurde wohl wirklich Zeit, dass diese Regierung endlich einmal einen Grund hätte, sich selbst auf die Schulter zu klopfen.
- Kerstin Griese, parl. Staatssekretärin f. Arbeit und Soziales verkündete stolz, dass die Rentenanpassungen sogar hinter der Inflation zurückblieben und ein Ost-West-Ausgleich nun erreicht sei.
- Fakt ist aber, dass über Rente mit 70 diskutiert wird, Deutschland mit einer Nettoersatzquote von etwa 50% im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich dasteht, und dass der Staat die Rentenkassen bislang um fast eine Billion EURO geplündert hat (<https://dvg-ev.org/2021/01/so-pluendert-der-staat-die-sozialkassen/>).
- Angesichts dessen kann man über diese Almosenpolitik der Bundesregierung nur den Kopf schütteln.

1. Lesung des AfD-Antrags „Beschluss des Thüringer Landtags aufgreifen – Regeln der deutschen Sprache einhalten – Keine Verfremdung durch sogenannte Gendersprache“ (Dr.-Nr. 20/734)

- In diesem Antrag nach Thüringer Vor-

bild ging es um die Abschaffung der Gendersprache im Sprachgebrauch, insbesondere in Publikationen des Bundestags, in Schulen und Behörden.

- Es erfolgte Überweisung an den Ausschuss für Familie.

Die erste Lesung des LNG-Beschleunigungsgesetzes (Dr.Nr. 20/7279) war das letzte Thema des Mittwochabends.

- Es würde hier zu weit führen, die Argumente gegen diese wahnwitzige Zwangsbewirtschaftungspolitik mit teurem dreckigen USA-Fracking-Gas aufzuführen.
- Ich empfehle an dieser Stelle die Rede des Abg. Karsten Hilse, AfD: <https://dbtg.tv/cvid/7555406>.

Donnerstag

Regierungserklärung des Kanzlers zum EU-Gipfel am 29. und 30. Juni in Brüssel

- Kanzler Scholz warb für einen raschen NATO-Beitritt Schwedens, der bislang am Veto der Türkei scheitert. Er sprach sich für das staatliche Engagement in der europäischen Rüstungsindustrie aus und schwelgte in der Auflistung militärischer Kampfmittel, wie Gefechtsfahrzeuge, Flugabwehrsysteme, Artillerie und Munition, welche „wir“ zur Verfügung stellen.
- Insgesamt beträgt der Beitrag aus Deutschland schlappe 16,8 Mrd. EUR seit Kriegsbeginn. Um anscheinend möglichst viele Partner der transatlantischen Allianzen vom BRICS-Bündnis fernzuhalten und zu binden, werden wichtige Partner zum „G20 Compact with Africa“ im November nach Berlin eingeladen, hierzu wird auch das Gipfeltreffen der EU mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik schon Mitte Juli dienen.
- Dr. Alice Weidel, AfD, konnte in Ihrer Erwidern auf diese Regierungserklärung kaum an sich halten. Sie zählte in Ihrer fulminanten Rede die gesammelten Bestrebungen dieser Bundesregierung, dieses Land zu zerstören, auf.

Anträge zum Thema Erbschaftssteuer stellten sowohl die Linke (Dr.-Nr. 20/7295), als auch die AfD mit Dr.-Nr. 20/6388.

- Der Unterschied: Die Linke verlangt

in ihrem Antrag eine Streichung aller Vergünstigungen für große Unternehmenserbschaften, und die AfD beantragt die vollständige Streichung der Erbschaftsteuer.

- Beide Anträge gingen in den Finanzausschuss zur Beratung.

2. und 3. Lesung mit Beschluss im Strafrecht, wonach nun der Umrechnungsmaßstab einer Geld- in eine Ersatzfreiheitsstrafe halbiert werden soll (Dr.Nr. 20/5913).

- Demnach sollen künftig zwei Tagessätze einem Tag Ersatzfreiheitsstrafe entsprechen. Eine Ersatzfreiheitsstrafe wird angeordnet, wenn eine zu einer Geldstrafe verurteilte Person diese nicht zahlt.

2. und 3. Lesung mit einstimmigem Beschluss, den verfolgten Zeugen Jehovas während der NS-Diktatur ein Mahnmal zu setzen.

- Es wird im Berliner Tiergarten errichtet werden, die Bundesstiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ wird beauftragt.

Erste Lesung des CDU-Antrags „Terroranschläge verhindern – Zum Schutz unserer Bevölkerung entschiedener gegen potenzielle Terroristen vorgehen“ (20/7351).

- Gefordert wird die Vorratsdatenspeicherung von IP-Adressen sowie dem Bundesamt für Verfassungsschutz die Befugnis zur Online-Durchsuchung einzuräumen.
- Der Innenausschuss berät.

Letzte Lesung: Änderung des Weinbaugesetzes (Dr.-Nr. 20/6874)

- Durch die Änderung des Gesetzes wurde beschlossen, dass die jährliche Neuanpflanzung mit Reben nun auf 0,3 % der mit Reben bepflanzten Gesamtfläche begrenzt wird, anstatt wie bisher auf 1%. Dies soll künftig ein „drohendes“ Überangebot von deutschen Weinen und damit in Folge einen Preisverfall verhindern.
- Abgelehnt wurde hingegen ein AfD-Antrag, der den Anbau pilzresistenter Sorten und dessen Förderung forderte.



Die Linke forderte mit Antrag 20/7254 die Anpassung des Mindestlohngesetzes

- Lt. Antrag sei dieser auf 60% des Brutto-medianlohns anzuheben, was auch die EU empfiehlt. Dies würde für Deutschland aktuell einen Wert von 13,53 € pro Stunde bedeuten.
- Der Antrag wurde an den Ausschuss überwiesen.
- Derweil hat die Mindestlohnkommission gerade aktuell die Erhöhung auf 12,41 € pro Stunde ab Anfang 2024 vorgeschlagen.

Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU (Dr.-Nr. 20/4940) zur Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes wurde im Abschluss debattiert.

- Die Bundesregierung lässt sich allerdings gem. Auswertung der Antworten bzgl. der Novellierungspläne nicht in die Karten schauen, und auch die Ergebnisse einer Evaluation werden nicht bekanntgegeben.
- Michael Kaufmann, AfD bemängelte diese inhaltlose Beantwortung in seiner Rede. Dabei betonte er die außerordentliche Stellung von Arbeitsverträgen im Wissenschaftsbereich. Projektbezogene Arbeitsverträge, die zudem noch von externen Fördermitteln leben, können nicht einem allgemeinen Arbeitsrecht gleichgestellt werden. Der individuellen Struktur der Aufgaben, aber auch der Karrieren in diesen Bereich, die eben nicht mit „9-to-5-Jobs“ vergleichbar sind, muss bei einer anstehenden Reform unbedingt Rechnung getragen werden.

CDU-Antrag „Pflicht zur Stilllegung von vier Prozent der Agrarflächen ab 2024 dauerhaft aussetzen“ (Dr.Nr. 20/6179)

- In der letzten Sitzungswoche hatte das Parlament darüber beraten, ob die zusätzliche Zufuhr von landwirtschaftlichen Flächen in den Naturschutz in diesen Zeiten ratsam ist.

- Heute wurde der CDU-Antrag „Pflicht zur Stilllegung von vier Prozent der Agrarflächen ab 2024 dauerhaft aussetzen“ abgelehnt
- Ebenso abgelehnt wurde der AfD-Antrag „Welthunger ideologiefrei bekämpfen - Stilllegungsflächen und ökologische Vorrangflächen für Nahrungs- und Futtermittelproduktion freigeben“ (20/1346).

Erste Lesung & Debatte des AfD-Antrags „Aufhebung des Gesetzes über die Rechstellung und Aufgaben des deutschen Instituts für Menschenrechte“ Dr.-Nr. 20/7349

- Dieses Institut, das u.a. mit Steuermit-



Am Donnerstag fand der „Hammelsprung“ statt: Wir gehen durch die „JA“-Tür und stimmen dafür, dass der Finanzminister herbeizitiert wird. Er sollte nicht durch Abwesenheit glänzen, wenn es um das Thema „Strukturförderung ist Gemeinschaftsaufgabe - Ampel Kürzungspläne stoppen“ geht.

- teln finanziert wird, fordert das Verbot der AfD.
- Wie sagte Thomas Haldenwang, Chef des Verfassungsschutzes in dieser Woche so deutlich: Der VS kann nicht allein dafür zuständig sein, die Umfragewerte der AfD zu senken. - Wie wir sehen, gibt es noch viele andere staatliche oder halbstaatliche Institutionen, die an diesem Projekt arbeiten.

Freitag

Namentliche Abstimmung Dr.-Nr. 20/7500: Fachkräfteeinwanderungsgesetz

- Das Gesetz wurde mit relativ knapper Mehrheit der Koa, gegen die AfD und auch gegen die CDU angenommen.
- Wie immer sang der zuständige Minister (in diesem Fall Nancy Faeser) ein Loblied

- auf diesen „Wurf der Bundesregierung“ Hürden für ausländische Fachkräfte abzubauen, schließlich habe man ein Kontingent von 2 Mio. offenen Stellen.
- In Wirklichkeit aber haben wir nicht zu wenig Menschen im Land, so Norbert Kleinwächter, AfD, sondern zuviele, die sich nicht sozialisieren wollen. Er nannte Zahlen wie folgt: 780.000 offene Stellen stehen 2,5 Mio. Arbeitslosen (zwischen 20 und 34 Jahren) und 5,5 Mio. Leistungsberechtigten im Bürgergeld gegenüber. „Die Bundesregierung sorgt dafür, dass jeder reinkommt, aber keiner rausfliegt.“

Gesetzesvorl. 20/6518: „Reform der Weiterbildungsförderung“

- Und erneut war das Thema der sog. Fachkräftemangel: Junge Menschen sind immer weniger gebildet, ca. 1,6 Mio. (bis 29 Jahre) haben nicht einmal eine abgeschlossene Berufsausbildung, womit auch sie Empfänger staatlicher Transferleistung, genannt „Bürgergeld“ sind (Zahlen von Min. Heil).
- Gerit Huy, AfD klärte allerdings auf, dass es tatsächlich eigentlich 2,6 Mio. junge Menschen bis 34 Jahre ohne Ausbildung sind. Sie meinte in Ihrer Rede: Das Bürgergeld müsse bald umbenannt werden in „Fremdbürgergeld“. Ein Auswuchs des Gesetzes ist die „Ausbildungsgarantie“, die suggeriert, dass man sich hierfür gar nicht mehr selbst anstrengen müsse.
- Stephan Brandner in einer Kurzintervention zum Thema: Was sind die Ursachen dieser Misere, wer hat Schuld?
- Die Antwort blieb die angesprochene Rednerin von der SPD, Jessica Rosenthal schuldig.
- Der Gesetzesentwurf wurde mit den Stimmen der Koa, gegen AfD und CDU angenommen.

Angenommen wurden in 2. und 3. Lesung auch die „Anpassungen an das Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz“ und das Strompreisbremsengesetz“.

- Steffen Kotré, AfD: Bereits im Dez.



2021, also vor dem Ukraine-Krieg, lag der Börsenstrompreis mit 22 Cent pro Kwh das Vier- bis Fünffache über dem jahrzehntelangen Durchschnitt. Der wirtschaftliche Niedergang dieser Republik ist also der planwirtschaftlichen Transformation geschuldet und es sind weder die Russen, noch die Kernenergie, noch die Opposition schuld. Zitat: Den Verwaltungsaufwand allein des vorliegenden Gesetzentwurfes beziffern die Vertreter der Wirtschaft auf 500 Millionen Euro. Und: „ Je schneller wir die Zeit dieser Ampel beenden, desto

weniger Schäden haben wir später zu beseitigen.“

- Ein Änderungsantrag der CDU hierzu wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt, gegen das Gesetz votierten AfD, CDU und Linke, hatten aber keine Chance gegen die Koa.

Verabschiedung: Gesetz zur Bekämpfung von Arzneimittel-Lieferengpässen (20/6871)

- Was früher der freie Markt regulieren konnte, musste am Freitag per Gesetz bürokratisiert werden: Das verabschie-

dete Gesetz zur Bekämpfung von Arzneimittel-Lieferengpässen sieht nun ein Frühwarnsystem vor, eine mehrmonatige Pflicht zur Lagerhaltung bei patentfreien Arzneimitteln und vereinfachte Austauschregelungen in der Apotheke.

Zwei Bundeswehreinräte außerhalb der EU wurden in namentlicher Abstimmung genehmigt, nämlich im Libanon (UNIFIL) und in Bosnien-Herzegowina (EUFOR ALTHEA), natürlich gegen die Stimmen der Vernunft von der AfD.



23. Juni 23

Gestern habe ich, diesmal zu später Stunde gegen 22 Uhr, im Deutschen Bundestag zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz gesprochen.

Dabei geht es im Wesentlichen darum, dass im Wissenschaftsbetrieb mit seinen besonderen Gegebenheiten andere arbeitsrechtliche Regeln gelten müssen. Dieses Gesetz soll nun überarbeitet werden. An sich eine gute Sache.

Doch selbst hier lässt die Bundesregierung die Opposition außen vor und hat auf eine Große Anfrage der Union zwar wortreich, aber nichtssagend geantwortet. Da auch wir als AfD uns schon lange

darüber ärgern, dass die Regierung inzwischen auf Fragen sehr häufig nur noch inhaltsleere Antworten gibt, habe ich die Debatte zum Anlass genommen, auch dieses undemokratische Verhalten der Regierung einmal öffentlich anzusprechen.

Das führte zwar zu der kuriosen Situation, dass ich in gewisser Hinsicht für die gesamte Opposition, also auch die Union, gesprochen habe, doch da wir als AfD von diesem inakzeptablen Verhalten der Ampel am häufigsten betroffen sind, war das sicher vertretbar.

<https://youtu.be/2h3rqMi-4T4>

VERMISCHTES



23. Juni 23

6,3 Milliarden Euro Wertverlust an einem Tag bei Siemens Energy - verheerende Nachrichten aus der Sparte Windrad-Bau.

Siemens Energy hat den Versprechen der Politiker vertraut und viel zu stark auf die Energiewende gesetzt.

Die Ampel schickt die deutsche Wirtschaft auf Talfahrt.



25. Juni 23: Wir sind Landrat!

Diesen Anruf nimmt keiner mehr an.



23. Juni 23

Bodo Ramelow, Chef einer links-grünen Minderheitsregierung in Thüringen, hat diese Nachricht vorgestern überraschend gelöscht.

Wohlgemerkt, damals, am 1.11.2021, war schon bekannt, daß die Corona-Spritze nicht vor Ansteckung schützt und das ganze Impfregime damit wirkungslos ist. Das Internet vergisst nicht.

KOMMENDE TERMINE:

BÜRGERSPRECHSTUNDE

30 JUNI **BÜRGERBÜRO PÖBNECK**
Breite Straße 32
13 - 15 Uhr

ANMELDUNG UNTER:
Telefonnummer: 03671 / 5232348 ODER
E-Mail: michael.kaufmann.wk@bundestag.de

FRAGEN SIE IHREN ABGEORDNETEN!

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



PROF. KAUFMANN VOR ORT!

30 JUNI **INFOSTAND PÖBNECK**
Breite Straße
10 - 13 Uhr



PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros



Kahla

Rudolf-Breitscheidstr. 4
Tel.: 03671 5 23 23 48
Mi.: 9 - 13 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Pöbneck

Breite Straße 32
Tel.: 03671 5 23 23 48
Fr.: 9 - 13 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Saalfeld


Brudergasse 6
Tel.: 03671 5 23 23 48
Mo: 14 - 18 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Darüber hinaus sind
auch Termine nach
Vereinbarung möglich!



Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
www.Kaufmann-Michael.de



 www.Kaufmann-Michael.de
 Michael.Kaufmann@bundestag.de

 @AfDKaufmann
 @KaufmannAfD
 @KaufmannAfD
 t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P. Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

